

DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion Wahlprüfsteine
wahlpruefsteine@die-linke.de



GEDOK Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstfördernden e. V.
Haus der Kultur, Weberstr. 59a
53113 Bonn
Ursula Dr. Toyka-Fuong

per E-Mail: gedok@gedok.de

Berlin, den

DIE LINKE Antwort Wahlprüfstein

*Der GEDOK Bundesverband erhält anders als andere Künstler*innenvereinigen den weder vom Staatsministerium für Kultur und Medien noch vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend eine institutionelle Förderung. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um diese Benachteiligung zu beseitigen?*

Wir unterstützen den Ausbau künstlerischer Netzwerke und Strukturen, indem wir Kulturförderung insgesamt nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und weniger projektorientiert gestalten. Es braucht beständige Strukturen, damit nachhaltige Netzwerke aufgebaut werden können. Darüber hinaus stärken wir bürgerschaftliches Engagement und weiten die rechtlich als gemeinnützig anerkannten Zwecke aus.

Das von öffentlich geförderten Kultur- und Medienverbände benannte Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ist noch nicht erreicht, verpflichtendes Monitoring und Evaluationen zur Umsetzung fehlen. Wie wollen Sie Geschlechtergerechtigkeit im (öffentlich geförderten) Kultur- und Medienbereich durchsetzen?

DIE LINKE. fordert, die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln an verbindliche Kriterien zu koppeln, wie der gleichen Bezahlung aller Geschlechter, der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z. B. in Form von Residenzstipendien mit Kinderbetreuung), einer angemessenen Vergütung, die sich bei Festangestellten an den Tariflöhnen und bei Honorarverträgen an den Tarifvereinbarungen für vergleichbare Tätigkeiten orientiert. Durch Transparenz bei Gehältern und Honoraren soll sukzessive der Gender Pay Gap überwunden werden. Aufsichts- und Beratungsgremien sowie Vorstände und Präsidien in der Kulturbranche sollen verbindlich geschlechtergerecht und divers besetzt werden. Für diese Zielvorgaben muss ein fester Zeitrahmen gesetzt sowie Sanktionen im Falle einer Nichtbeachtung formuliert werden. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft müssen aktiviert werden, eine diversitätsorientierte Personalplanung unter Einbezug aller Hierarchieebenen umzusetzen sowie regelmäßig Change-Management-Seminare anzubieten, um über Stereotype und Rollenvorstellungen aufzuklären und diversitätssensibles Verhalten zu fördern.

Öffentliche Fördermittel (Stipendien/Projekte) werden z.T. nach überholten Kriterien jenseits heutiger Lebenswirklichkeit von Frauen vergeben. Wie sichern Sie eine systematische, gendergerechte Analyse von Kriterien und benachteiligender Auswirkungen auf Künstlerinnen und deren faire Partizipation?

Wie schon erwähnt will DIE LINKE die Kulturförderung grundlegend nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und weniger projektorientiert gestalten. In diesem Sinne sind langfristige

Stipendienprogramme sinnvoll, die eine Rücklagenbildung ermöglichen, wie auch die Weiterführung der Flexibilisierung des Zuwendungsrechts von Fördermitteln. Darüber hinaus wollen wir eine umfassende Studie in Auftrag geben mit dem Ziel, den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit sowie Diversität und künstlerischen Zulassungsverfahren sowie Stellenbesetzungen an Kunsthochschulen zu untersuchen. Zudem soll in Form einer Sondererhebung kreativer Erwerbstätigkeit im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) eine Datenlücke hinsichtlich der sozialen Herkunft, Ausbildungswege, und Erwerbsbiographien in Kunst und Kultur geschlossen werden. In puncto faire Partizipation siehe Antwort auf Frage 2.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um zur Verbesserung des Einkommens solo-selbständiger Künstlerinnen aller Disziplinen verpflichtende Honorarmindeststandards für künstlerische Leistungen von der Konzeption bis zur Präsentation eines Werkes einzuführen?

DIE LINKE. fordert schon seit langem verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen. Siehe hierzu auch Antwort auf Frage 3.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie die dringend erforderliche soziale Absicherung von freischaffenden Künstlerinnen aller Disziplinen ausbauen und zur Sicherung der Einkommenssituation z. B. eine bessere Rücklagenbildung ermöglichen?

DIE LINKE will Kultur krisenfest gestalten und streitet für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung - insbesondere in der freien Szene - lassen keine Rücklagenbildung zu. Durch den krisenbedingten Wandel bietet sich zudem die Möglichkeit, nachhaltigere, geschlechtergerechte und krisenfeste Fördersysteme zu etablieren. In diesem Sinne fordern wir die Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialsicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), um die soziale Absicherung von unstetig Beschäftigten und Soloselbstständigen zu verbessern. Wir brauchen eine Erwerbstätigenrente, in die auch Beamtinnen und Beamte sowie Selbstständige einbezogen sind. Die aktuell von der Bundesregierung beschlossene Grundrente lässt Einkommensschwache leer ausgehen. Altersarmut von Kulturschaffenden kann so nicht verhindert werden. Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene ein, die trotz der Reformmaßnahmen in der Rente ein zu niedriges Alterseinkommen haben, um davon leben zu können. Siehe zudem die Antworten auf die Fragen 3. und 4.

Mit welchem geschlechtergerechten und bedarfsorientierten Maßnahmenpaket werden Sie zur Bewältigung negativer Auswirkungen der Corona-Pandemie und aktueller Umweltkrisen (Unwetter/Flut/Überschwemmungen) auf die z.T. drastisch verschlechterten Arbeitssituation von Künstlerinnen beitragen?

DIE LINKE will Selbstständige, Freiberufler*innen aus dem Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativbereich eine gute Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten ermöglichen. In diesem Sinne soll für die Dauer der Coronapandemie der Zugang zu einer monatlichen Pauschale in Höhe von mindestens 1.200 Euro - auch rückwirkend ab März 2020 - ermöglicht werden. In Hinblick auf die aktuelle Flutkatastrophe fordert DIE LINKE. Bundes- und Landesregierungen auf, Menschen schnelle und unbürokratische Hilfe bereitzustellen und die Sicherheit zu geben, dass es einen umfassenden Wiederaufbau geben wird. Zudem braucht es einen

Bundesfonds für die Opferhilfe. Grundsätzlich müssen aus der Katastrophe Lehren gezogen werden. Die Häufigkeit und Schwere von Unwettern steht im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der kein fernes Horrorszenario ist, sondern längst Realität. Hitzerekorde, Waldbrände, Starkregen und Überschwemmungen - all diese Phänomene nehmen zu und gefährden das Leben und die Existenz von Menschen. Wir dürfen beim Klimaschutz nicht länger auf kurzfristige Interessen der Wirtschaft Rücksicht nehmen angesichts der dramatischen Folgen. Wir müssen schneller weg von Kohle und Öl. Energie, Verkehr und Wohnen müssen so umgebaut werden, dass sie nicht länger schädlich fürs Klima sind.

Werden Sie die Kulturlandschaft über alle künstlerischen Disziplinen hinweg auf der Basis umfassender Gendergerechtigkeit in ihrer Diversität entwickeln und stärken? Werden Sie interkulturelles Verständnis über kulturelles und künstlerisches Schaffen fördern? Wie wollen Sie dabei vorgehen?

Ja, DIE LINKE will Konzepte entwickeln und umsetzen, die zur Verbesserung der sozialen Lage von Kulturschaffenden, zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Diversität (in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, sexuelle Identität und sozioökonomische Herkunft) im Kunst- und Kulturbereich führen. Grundsätzlich setzt sich DIE LINKE für die Förderung der Vielfalt von Kulturen im Einwanderungsland Deutschland, für interkulturelle Öffnung und interkulturellen Dialog in der Innen- und Außenpolitik ein. Die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt muss umgesetzt werden und ja, wir wollen Interkulturalität über Kunst und Kultur fördern, indem wir das Bundesprogramm "Bildung macht stark" ausbauen und mit erhöhten Mitteln verstetigen sowie im Bildungssystem künstlerische Fächer aufwerten. Eine konkrete Maßnahme könnte der Ausbau von spartenübergreifenden Kunstschulen sein, die zu Kompetenzzentren für Interkulturelle Bildung und Teilhabe entwickelt werden. Hierfür braucht es regionale Entwicklungspläne, die von Akteur*innen aus Kultur, Bildung und Politik entwickelt werden. Kompetenzzentren für Kulturelle Bildung und Teilhabe müssen wohnortnah sein und Arbeit sowie Wissen anderer Bildungseinrichtungen in ihren Räumen und Strukturen bündeln.

Wie werden Sie die weitgefächerte ehrenamtliche Arbeit vor allem von Frauen in Kunst und Kultur förderlich und steuerrechtlich so anerkennen, dass dieses zivilgesellschaftliche Engagement auch zukünftig als tragende Säule des Kulturbetriebes erhalten bleibt?

In diesem Sinne wollen wir Strukturen ausbauen und sichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen. Wir wollen zusammen mit den Ländern und Kommunen die Anerkennungskultur von ehrenamtlichem Engagement stärken und mittels Vergünstigungen bei Kultur- und Sportangeboten oder im ÖPNV ausgleichen. Eine Monetarisierung von ehrenamtlicher Arbeit sehen wir mit Skepsis, da sie Gefahr läuft, einen dritten, prekären Arbeitsmarkt entstehen zu lassen.